Presseschau der WASG vom 31.05.2006

Neues Deutschland 31.05.06

Sozialproteste: Neuer Anlauf

Bundesweite Demo am 3. Juni geplant / Bündnis erwartet rund 20 000

Netzeitung.de 30. Mai 2006

Zweifel an Sicherheitslage in Afghanistan

Trotz der heftigen Unruhen in Afghanistan gibt sich die Bundeswehr vor der Übernahme der Befehlsgewalt im Norden des Landes selbstsicher. Nur der Bundeswehrverband zweifelt am Erfolg der ISAF-Mission.

Neue Rheinische Zeitung 30. Mai 2006

Interview mit Professor Dr. Herbert Schui

Schwarz-Roter "Reformprovinzialismus"

Tagesspiegel (31.05.2006)

Wahlleiter für Zulassung der WASG

Rechtsgutachten für den Landeswahlausschuss

Neues Deutschland 31.05.06

Knackpunkt Mitregieren

Nordost-WASG setzt auf Gesprächsbereitschaft und auf Gregor Gysi

Quelle: www.hna.de vom 30.05.2006

Rubrik: Hofgeismar

WASG in Untiefen

Nachrichten vom 31.05.2006

Bund:

Neues Deutschland 31.05.06

Sozialproteste: Neuer Anlauf

Bundesweite Demo am 3. Juni geplant / Bündnis erwartet rund 20 000

Von Tom Strohschneider

Ein Bündnis aus gewerkschaftlichen Gruppen, sozialen Initiativen und linken Parteien will am 3. Juni in Berlin »gegen Massenentlassungen, Sozialabbau, innere Aufrüstung und Krieg« auf die Straße gehen. Die Demonstration möge zur Initialzündung für weitere Proteste werden, hoffen die Organisatoren – nicht zum ersten Mal.

»Schluss mit den ›Reformen‹ gegen uns!«, steht auf dem gelben Plakat. Daneben hält eine Hand eine Rote Karte in die Luft. Die Botschaft ist klar – allein es bleibt die Frage, ob sie auch bei denen ankommt, für die sie bestimmt ist.

Da wären zum einen die von den so genannten Reformen Betroffenen. Mit rund 20 000 Teilnehmern der Demonstration in Berlin rechnet Peter Wahls vom Aktionsbündnis Sozialproteste. Das ist, verglichen mit den Protesten der vergangenen Jahre, in deren Tradition sich die Aktion am 3. Juni sieht, nicht gerade viel. Allerdings sei es für die Empfänger von Arbeitslosengeld II auch nicht einfach, die Reisekosten aufzubringen, um mal eben zur Kundgebung nach Berlin zu fahren, sagt Wahls.

Auch die Phrase von der heißen Protestjahreszeit, die in den letzten Jahren unter Kritikern der Agenda 2010 so beliebt war, bleibt dieses Mal unausgesprochen. Wahls und das Vorbereitungsbündnis setzen dagegen auf langfristige Effekte. »Wir müssen in diesem Land eine Stimmung gegen den neoliberalen Trend erzeugen, die länger anhält als nur für eine Demonstration«, sagt Wahls – auch mit Blick darauf, dass mit unmittelbaren Erfolgen einer Anti-Hartz-Bewegung wie auch schon in der Vergangenheit nicht zu rechnen ist. Das Demo-Bündnis hofft denn auch, dass die Aktion zur Initialzündung weiterer Proteste wird. »Wir werden es immer wieder versuchen«, sagt Wahls. Im Unterschied zur Hartz- muss-weg!-Rhetorik der Vergangenheit wolle man sich nun auch stärker auf alternative Forderungen konzentrieren. Man brauche, sagt Martin Behrsing vom Erwerbslosen Forum Deutschland, eine »grundlegende Debatte um eine Neubestimmung der Sozial- und Wirtschaftspolitik«. Im Zentrum des Forderungskatalogs stehe eine »alternative Triade« aus Mindestlohn, Verkürzung der Arbeitszeit und einem Grundeinkommen.

Auch die Bundestagsabgeordnete Katja Kipping fordert, »nicht bei Abwehrkämpfen stehen zu bleiben«. Die Linksfraktion im Bundestag mobilisiert mit einem eigenen Aufruf. Man teile das Anliegen der Demo, in einzelnen Punkten sei die Beschlusslage von WASG und PDS aber eine andere. So fordert das Demo-Bündnis etwa einen Mindestlohn von 10 Euro, die Linkspartei spricht sich dagegen für 8 Euro aus. Für Kipping kein Problem: »Es ist doch völlig normal, dass eine außerparlamentarische Bewegung in ihren Forderungen weiter geht als eine Partei.«

www.protest2006.de

Netzeitung.de 30. Mai 2006

Zweifel an Sicherheitslage in Afghanistan

Trotz der heftigen Unruhen in Afghanistan gibt sich die Bundeswehr vor der Übernahme der Befehlsgewalt im Norden des Landes selbstsicher. Nur der Bundeswehrverband zweifelt am Erfolg der ISAF-Mission.

Das Bundesverteidigungsministerium sieht auch nach den jüngsten Unruhen in der afghanischen Hauptstadt Kabul keine neue Lage für die Bundeswehr. »Am Sicherheitskonzept ändert sich grundsätzlich nichts«, sagte Verteidigungsstaatssekretär Christian Schmidt (CSU, der in Halle erscheinenden »Mitteldeutschen Zeitung«. Der Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes, Bernhard Gertz, warnte die westliche Staatengemeinschaft vor einem Scheitern des Afghanistan-Einsatzes.

Schmidt sagte, das Sicherheitskonzept müsse nur dann nachgebessert werden, wenn sich herausstelle, »dass da und dort noch Schwachstellen sind«. Der CSU-Politiker räumte allerdings ein: »Insgesamt wird die Lage in Afghanistan schwieriger«.

Nach schweren Ausschreitungen in Kabul waren in Nordafghanistan drei afghanische Mitarbeiterinnen einer internationalen Hilfsorganisation und ihr Fahrer getötet worden. Vier mutmaßliche radikal-islamische Rebellen hätten in der Provinz Dschawdschan das Fahrzeug der Organisation Action Aid auf Motorrädern überholt und das Feuer auf die Insassen eröffnet, hieß es aus Sicherheitskreisen in Kabul. Es handele sich um den ersten direkten Angriff auf eine Hilfsorganisation in der Region.

Folge für Motivation

SPD-Fraktionschef Peter Struck sagte in Berlin: »Jeder weiß, dass die Soldaten in einer hohen Gefährdungstufe arbeiten.« Afghanistan sei »kein angenehmes Mandat«, so der ehemalige Verteidigungsminister. Die Bundeswehr soll am Donnerstag das Kommando über die Internationale Schutztruppe ISAF in ganz Nordafghanistan übernehmen.

Gertz sagte in der »Mitteldeutschen Zeitung« negative Folgen für die Motivation der deutschen Soldaten voraus, wenn sich die Anschläge in Afghanistan häufen sollten. »Wir haben uns getäuscht in der Resonanz unserer Bemühungen«.

Linke fordert Prüfung eines Abzugs

Kabul sei die Region, die am meisten von dem internationalen Einsatz profitiert habe. »Wenn da ein Ereignis wie ein Verkehrsunfall genügt, um eine Kettenreaktion auszulösen, dann ist die Annahme, die

Masse der Bevölkerung stünde hinter Präsident Hamid Karsai und den Isaf-Truppen, nicht ganz zutreffend.»

Der Linksfraktionsvorsitzende Oskar Lafontaine (WASG) forderte die Bundesregierung auf, nach den neuerlichen Unruhen in Afghanistan einen Abzug der Bundeswehr zu prüfen. «Die Bundeswehr ist in Afghanistan immer größeren Gefahren ausgesetzt», sagte er am Dienstag in Berlin. Zu den Ausschreitungen in Kabul sagte sein Kollege Gregor Gysi (Linkspartei): «Wenn die USA Freiheit und Demokratie gebracht hätten, dann wären sie ja beliebt.» (nz)

Neue Rheinische Zeitung 30. Mai 2006
Interview mit Professor Dr. Herbert Schui
Schwarz-Roter "Reformprovinzialismus"
Von Hans-Dieter Hey

Professor Dr. Herbert Schui war Wirtschaftsprofessor an der Uni Hamburg und 1975 Mitbegründer der „Memorandum-Gruppe Alternative Wirtschaftspolitik“. 2004 war er Mitbegründer der WASG und sitzt seit 2005 für die Linke.PDS im Bundestag. Der bekannte Kritiker von Globalisierung und Neoliberalismus war kürzlich in Köln, um in einer Veranstaltung die Vorstellungen der Memorandum-Gruppe deutlich zu machen.

Hey: Herr Professor Schui, die Memorandum-Gruppe gibt es seit 30 Jahren fast zeitgleich mit der Entwicklung von Globalisierung und unserer Form des neoliberalen Marktradikalismus mit Erosionen in der Sozialpolitik. War dies für Sie vorhersehbar und deshalb auch ein Gründungsgrund?

Schui: Na klar war das erkennbar. Als damals der Bericht zur Beurteilung der gesamtwirtschaftlichen Lage heraus kam war uns klar, dass es in eine falsche Richtung gehen musste, auch mit den vorgeschlagenen Kürzungen im sozialen Bereich unter der Regierung von Helmut Schmidt. Natürlich war diese Entwicklung auch Anlass für unsere Gründung und unsere berechtigte Kritik und ich habe dabei bescheiden mitgewirkt.

H: Was wollen Sie mit der Memorandum-Gruppe?

S: Wir haben heute eine Situation, in der Bundesregierung und Wirtschaftsverbände besonders autoritär auftreten und uns den Eindruck vermitteln, dass es zu ihrer Wirtschaftspolitik keine Alternativen gäbe. Das ist aber falsch. Sie bedienen damit ausschließlich die Gewinninteressen des Kapitals und vernachlässigen die Binnenwirtschaft. Wir sehen aber immer deutlicher, dass dies nicht funktionieren kann. Und natürlich gibt es Alternativen, nur die werden in der medialen Öffentlichkeit kaum vorgestellt.

H: Es gibt einen Witz. Ein Politiker bemerkte in einer Rede: "Gestern standen wir noch vor einem Abgrund, aber heute sind wir schon einen Schritt weiter." Wird dadurch die bittere Erkenntnis deutlich, dass unsere Politiker realitätsresistent mit den unwirksamen Methoden des "mehr vom Alten" die Probleme lösen wollen?

S.: Das verstehe ich auch nicht. Durch die Realität wird doch bewiesen, dass die eingeschlagenen Wege in eine falsche Richtung führen. Haben wir denn nennenswertes Wirtschaftswachstum oder eine Abnahme der Arbeitslosenzahlen? Nein! Ich verstehe auch nicht, warum so viele Politiker die Wirklichkeit nicht sehen können oder wollen. Offensichtlich sind sie vereinnahmt worden durch den neoliberalen Mainstream, der z.B. durch wirtschaftsnahe Organisationen wie die INSM, die Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft hier in Köln, angetrieben wird. Anders kann man das nicht sehen. Vor allem auch unverständlich, wie sich die SPD verhält, der das kritische Bewusstsein wohl völlig abhanden gekommen ist. Peter Glotz meinte einmal dazu, dass die SPD nur noch aus Gerhard Schröder besteht, der Rest wurde weggesteuert.

H: Der Chef der Drogeriemarktkette, Götz Werner, hat kürzlich Hartz IV als offenen Strafvollzug bezeichnet, aber erneut findet eine Hetzkampagne in den Medien gegen Erwerbslose statt, um weitere Kürzungen in die Armut durchzusetzen. Was ist für Sie sinnvolle Arbeitsmarktpolitik gegen diesen Irrsinn? Z.B. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen oder Kombilöhne?

S.: Nein. Bei diesen Dingen bin ich sehr vorsichtig, weil sie letztendlich keine dauerhaften Arbeitsplätze bringen und zudem Druck auf reguläre Arbeitsplätze ausüben. Ich bin für eine deutliche Ausweitung des öffentlichen Sektors mit richtigen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Denn Arbeit gibt es bei uns in diesen Bereichen wahrlich genug. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wie in den 1970ern oder jetzt die Diskussion um Kombilöhne sind ungeeignet, die Probleme zu lösen. Ich bin für tarifvertraglich vereinbarte Löhne, die starke Gewerkschaften durchsetzen müssen. Nur dann haben wir eine Chance für binnenwirtschaftliches Wachstum. Außerdem brauchen wir eine armutsfeste Grundsicherung von mindestens 940 Euro im Monat. Weitere Kürzungen bei Arbeitslosen sind ein Skandal und die Arbeitsmarktpolitik ist ein Trümmerfeld, denn Hartz I-IV sind ein Flop. Das bringt uns auf keinen Fall weiter. Hier muss dringend und schnell umgesteuert werden. 2005 hatten wir die höchste Arbeitslosigkeit seit 50 Jahren, es fehlen uns rund 8 Millionen Arbeitsplätze.

H: Die Verfechter des Neoliberalismus predigen seit Jahren Lohnzurückhaltung, damit Arbeitsplätze geschaffen werden.

S.: Seit Ende der 1970er Jahre hat sich der Trend einer fallenden Lohnquote verfestigt. Allein im letzten Jahr sank sie um 1,4 Prozent, seit 2000 ist sie gar um 5 Prozent abgestürzt. Diese sinkende Lohnquote bremst uns in der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung enorm ab. Sie ist das Kernproblem. Ohne Steigerung der Arbeitseinkommen und Sozialeinkommen wird es keine Aussichten für mehr Wachstum und Beschäftigung geben. Lohnzurückhaltung, wie es derzeit mit Tarifikämpfen "nach unten" geschieht, ist der völlig falsche Weg. Weil der Verfall der Arbeitseinkommen wesentlich mit der Schwäche unserer wirtschaftlichen Entwicklung zu tun hat, muss man auch mit einem gesetzlichen Mindestlohn von ca. 9 Euro die Stunde für ein erträgliches Leben entgegen wirken. Wirtschaftsminister Michael Glos wollte noch beim Antritt die Wirtschaft mit höheren Löhnen ankurbeln, hat das aber schnell wieder vergessen. Wahrscheinlich reiner Populismus!

H: Aber diese Lohnzurückhaltung führt doch dazu, dass wir wieder Exportweltmeister sind?

S.: Nein. Auch das ist eine falsche Sicht. Wir profitieren vor allem durch ein hohes Wirtschaftswachstum infolge der Industrialisierung in Asien und der guten Konjunktur in den USA. Das weltwirtschaftliche Wachstum liegt immerhin im Schnitt bei 4 Prozent. Solange dies anhält, profitieren wir davon. Wenn das weltwirtschaftliche Wachstum nachlässt, fragt keiner nach unseren Löhnen. Wichtig für diese Frage ist nach wie vor die Produktivität einer Arbeitsstunde, und hier liegen wir im internationalen Vergleich mit an der Spitze.

H: Sie haben dieser Regierung diesbezüglich "Reformprovinzialismus" vorgeworfen.

S.: Richtig! Aber es kommt noch etwas anders hinzu, was wichtig ist. Wenn wir künftig bei unserem Exportniveau bleiben wollen, müssen wir auch mehr importieren, damit diese Länder wiederum mehr Geld haben, bei uns zu kaufen. Das funktioniert aber nicht, wenn die Regierung den Menschen hier das Geld aus der Tasche zieht und die Löhne drückt. Globalisierung heißt eben gegenseitige Abhängigkeit. Das scheint man in Berlin nicht verstanden zu haben.

H: Der Finanzminister hat mitgeteilt, dass er weniger ausgeben will, um den Haushalt zu konsolidieren. Trotzdem wird ein Investitionsprogramm von 25 Milliarden Euro aufgelegt, um die Wirtschaft anzukurbeln.

S.: Richtig, z.B. durch weitere Kürzungen im sozialen Bereich und durch die Umsatzsteuererhöhung auf 19 Prozent. Doch 25 Mrd. Euro ist bei weitem zu wenig, um die Wirtschaft anzukurbeln. Wir bräuchten 75 Mrd. Und mehr als 25 Mrd. ist wohl nicht drin, wenn man gleichzeitig die Unternehmensbesteuerung generell auf 25 Prozent senken will. Mit der Umsatzsteuererhöhung und den Ausgabenkürzungen im sozialen Bereich wird es keine positiven Wirkungen bei Wirtschaftswachstum und Beschäftigung bringen. Sehen sie: es handelt sich um einen Verteilungskampf, bei dem der Staat wieder seine Handlungsfähigkeit in die richtige Richtung herstellen muss. Dafür gibt es allerdings derzeit keine Anzeichen. Wie will man denn Wachstumsimpulse setzen, wenn der Staat mehr und mehr auf diese Einnahmen verzichtet? Man muss doch nur auf die skandinavischen Länder schauen, die eine sehr viel höhere Unternehmensbesteuerung haben. Und die haben trotzdem keine Probleme am internationalen Markt. Auch wir müssen dazu kommen, die Unternehmen weitaus stärker zu besteuern. Bei einer stärkeren Besteuerung der Gewinne und der besseren Verfolgung von Steuersündern hätten wir gut und gern 100 Mrd. Euro mehr für notwendige staatliche Aufgaben.

H: Wie könnte das aussehen?

S.: Durch Neu- und Ersatzinvestitionen. Der Bund hat seine Finanzlage durch die Steuergesetzgebung derart verschlechtert, dass auch die Finanzsituation der Gemeinden zunehmend verschlechtert wird. Es unterbleiben notwendige Investitionen im Bereich des Straßenbaus, bei öffentlichen Einrichtungen, in Krankenhäusern, der sozialen Fürsorge usw. - eine lange Liste. Nur dadurch können Arbeitsplätze geschaffen werden, auch hier in Köln. Aber auch die Firmen, die heute genug Geld haben, investieren nicht genügend in Ersatzinvestitionen. Wie will man denn künftig am Markt bestehen, wenn nicht in die Zukunft investiert wird?

H: Wenn man eine alternative Politik will - also die Durchsetzung gesamtwirtschaftlicher Vorstellungen mit ausreichendem sozialen Ausgleich - funktioniert das wohl kaum unter Beibehaltung der Aufrechterhaltung der Herrschaft über das Kapital. Muss hierzu nicht die Macht der Banken und Versicherungen, der Lobbyisten und Konzerne neu geordnet werden?

S.: Sicher brauchen wir einen starken Staat, um ordnungspolitische Alternativen zum gegenwärtigen neoliberalen Modell durchzusetzen. Mit einem geschwächten Staat geht das jedenfalls nicht. Dies funktioniert aber nicht auf Zuruf...

H: ...und deshalb äußerten Sie wohl vor einiger Zeit, die Politik der Konzerne könne nicht mit moralischen und patriotischen Appellen beeinflusst werden, sondern nur durch massiven politischen Druck? Brauchen wir dazu nicht andere Bündnispartner?

S.: Das ist es ja, was zur Zeit mit einer neuen Linken versucht wird. Es müssen sich dort auch alle alternativen Kräfte, wie z.B. attac, Sozialforum usw. zusammenfinden. Nur so kann ein entsprechender Druck aufgebaut werden, der schließlich die Verhältnisse in Richtung einer alternativen Wirtschaftspolitik ändern kann.

Länder:

Tagesspiegel (31.05.2006)

Wahlleiter für Zulassung der WASG

Rechtsgutachten für den Landeswahlausschuss

Die WASG kann voraussichtlich an der Abgeordnetenhauswahl am 17. September teilnehmen. Der Landeswahlleiter Andreas Schmidt von Puskás empfiehlt in einem Rechtsgutachten, die Kandidatur des Landesverbandes – gegen den Willen der Bundes-WASG – zuzulassen. Demnach kann die Beteiligungsanzeige für die Wahl nur von der Körperschaft zurückgezogen werden, die sie eingereicht hat – also von der Berliner WASG. Der Landeswahlausschuss, der am Donnerstag tagt, wird dieser Empfehlung dem Vernehmen nach mehrheitlich zustimmen.

Im Gutachten wird auf das Organisationsprinzip demokratischer Parteien verwiesen, also auf die Entscheidungsfindung der Gremien von unten nach oben. Die Amtsenthebung der Berliner WASG-Führung und Erklärungen von Beauftragten des Bundesvorstandes reichten nicht aus, um die Anmeldung zur Wahl zurückzuziehen. Eine solche Entscheidung bedürfe der Legitimation durch die Mitglieder der Berliner WASG. „Nur wenn der Landesverband aufgelöst worden wäre, hätte ich nichts mehr zu entscheiden“, sagte von Puskás dem Tagesspiegel. Seine Empfehlung orientiere sich am Landeswahlrecht. „Da kommen Bundesvorstände nicht vor.“ Und das Parteiengesetz sage nichts zum Umgang mit Wahlmeldungen.

Die Empfehlungen des Wahlleiters sind für den Landeswahlausschuss nicht bindend. In der Regel aber folgt er ihnen, denn bei einer juristisch fehlerhaften Entscheidung droht eine Wahlanfechtung. Im Zweifelsfall tendieren Wahlausschüsse bundesweit dazu, die Kandidatur von Parteien zuzulassen. Von Puskás räumt ein: „Das ist ein Drahtseilakt.“ Der WASG-Bundesvorstand will den Wahlantritt des Berliner Landesverbandes verhindern, um die geplante Fusion mit der Linkspartei/PDS nicht zu gefährden. za

Neues Deutschland 31.05.06

Knackpunkt Mitregieren

Nordost-WASG setzt auf Gesprächsbereitschaft und auf Gregor Gysi

Von Jürgen Seidel, Schwerin

Für den WASG-Landesvorstand Mecklenburg-Vorpommern, der zu Wochenbeginn über die Entscheidung des parteiinternen Bundesschiedsgerichts beraten hat, bleibt eine Fortsetzung der rot-roten Koalition in Schwerin »die kritische Frage«. Gleichzeitig signalisierte er gegenüber der Linkspartei im Nordosten Gesprächsbereitschaft.

Der WASG-Landesvorstand im Nordosten hat dabei offensichtlich ein Zitat von Gregor Gysi im Hinterkopf. In einem Interview hatte der Fraktionsvorsitzende der Linkspartei im Bundestag gesagt, dass seine Partei um die Bereitschaft zu einer Regierungsbeteiligung nicht herumkomme. »Aber nicht eine prinzipienlose.« Es störe die meisten Menschen nicht mehr, »dass wir in der Regierung sitzen, sondern ob wir diese oder jene Politik machen«.

Unter offensichtlichem Bezug auf diese Äußerungen findet sich in einer am Dienstag in Neubrandenburg veröffentlichten Erklärung des WASG-Landesvorstandes auch der folgende Satz: »Mit Interesse wurde zur Kenntnis genommen, dass Gregor Gysi innerhalb der Linkspartei.PDS Bedingungen für Regierungskoalitionen neu diskutieren will.« Das sei nach Auffassung der WASG im Nordosten in Mecklenburg-Vorpommern vor dem Landtagswahlkampf nötig und nicht nach dem 17. September. Falls es hier neue Bewegung bei der Linkspartei gebe, stehe der WASG-Landesvorstand für erneute Gespräche gern zur Verfügung.

Wie dazu Karsten Dörre, der Sprecher des zunächst bis Ende Juni weiter agierenden Landesvorstandes, in einem ND-Gespräch am Dienstag erklärte, werde man sich mit der Linkspartei über gemeinsame Schnittmengen zu diesem Thema verständigen – »falls wir wieder Kontakte zwischen den beiden Landesvorständen haben«. In möglichen Gesprächen mit der Linkspartei werde man dieses wichtige Thema auf jeden Fall ansprechen und sehen, »inwieweit wir uns dann annähern können«. Allerdings wisse er nicht, ob das, was Gregor Gysi sage, auch für Berlin und Mecklenburg-Vorpommern zutrefte, sagte Dörre.

Im Moment herrscht bei der WASG im Nordosten aber erst einmal »eine Art Ruhezustand«, wie es der WASG-Sprecher bezeichnete. Dieser solle nach eigenen Angaben auch dazu genutzt werden, wieder mit der Linkspartei zu sprechen. »Wir versuchen noch mal alles, was möglich ist.« Etwas irritierend ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, dass der WASG-Landesvorstand in seiner Erklärung vom Dienstag auch noch einmal ausdrücklich auf seine WASG-Listenkandidaten für die Landtagswahl im Herbst verwiesen hat. Denn zu dem in der vergangenen Woche mit dem WASG-Bundesvorstand ausgehandelten Vergleich gehört auch die Festlegung, sich bis zum 25. Juni neuer Aktivitäten für einen eigenständigen Wahlantritt im Herbst zu enthalten. Dann tagt erneut das Bundesschiedsgericht der WASG, und erst danach dürfte feststehen, wer in dem nordöstlichen Landesverband offiziell das Sagen hat und ob der bereits einmal entmachtete Vorstand über dieses Datum hinaus im Amt bleibt. Für die in dem Papier erneut kritisierte Linkspartei aber bleibt der wichtigste Fakt nach wie vor die Rücknahme der WASG-Wahlanzeige, so dass es nicht zu konkurrierenden Wahlantritten von PDS und WASG kommt. Kurz und bündig erklärte das auf ND-Nachfrage Kay Spieß, Pressesprecher des Landesvorstandes.

Der vom WASG-Bundesvorstand eingesetzte Nordost-Beauftragte, Volker Schneider, begrüßte ausdrücklich die vom Landesvorstand angedeutete Bereitschaft zu konstruktiven Gesprächen. »Wir werden die aber auch in tatsächlichen Gesprächen austesten«, so Schneider, der zugleich den Nichtantritt bei der Landtagswahl bestätigte: »Es gibt keinen Grund, dass man jetzt anderes darüber diskutiert«.

Kommunen:

Quelle: www.hna.de vom 30.05.2006

Rubrik: Hofgeismar

WASG in Untiefen

hofgeismar. Kaum, dass die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit (WASG) im Landkreis Kassel Fuß gefasst hat, wird sie auch schon von heftigen Turbulenzen gepackt.

Öffentlichkeitswirksam wurden diese innerparteilichen Streitigkeiten bisher lediglich durch den Austritt des Hofgeismarer Kreistagsabgeordneten Walter Köhler (wir berichteten). Unter der Decke gehen die Differenzen indes mit aller Heftigkeit weiter.

Bisher konzentriert sich der Protest offenbar vor allem auf den Hofgeismarer Raum, wo die WASG in der ehemaligen Kreisstadt auch mit zwei Sitzen im Stadtparlament vertreten ist. So zog neben Köhler auch der Liebenauer Friedhelm Illian seine Konsequenzen und gab das Parteibuch ab. Auf Kreisebene seien es bisher schon knapp 15 Parteimitglieder, die aus der WASG ausgetreten seien, erklärten Köhler und Illian im Gespräch mit unserer Zeitung.

Angetrieben zu diesem Schritt wurden sie allesamt durch den Beschluss des Bundesvorstandes, der ein Zusammengehen mit der Linkspartei anstrebt. Eine Entwicklung, so sagt Illian, die er mit seinem Gewissen nicht vereinbaren könne.

Auch wenn in der jüngsten Kreismitgliederversammlung ein anderer Beschluss gefasst worden sei, wollen sich die beiden ehemaligen WASG-Mitglieder diesem Votum nicht beugen. Zumal die WASG seinerzeit mit völlig anderen Zielen angetreten sei. Damals, so sagen nicht nur Illian und Köhler, sondern auch WASG-Vorstandsmitglied Wolfgang Pils (Kaufungen), habe man zwar eine offene Liste propagiert, aber an einen Zusammenschluss mit der Linken habe keiner gedacht. "Unser Ziel war, eine neue Linke zu schaffen. Nunmehr jedoch wird die WASG von der PDS gesteuert, das kann es doch nicht sein", echauffiert sich Illian.

Einig sind sich die drei Politiker, dass, sollte es tatsächlich zum Zusammenschluss mit der Linken kommen, eine weitaus größere Austrittswelle bei der WASG eintreten wird, als es bisher der Fall ist. Trotz unterschiedlicher Strömungen innerhalb des Kreisverbandes, so schätzt Pils ein, fänden sich bestimmt viele, die für eine reine WASG stünden, so wie er selbst auch.

Für Pils, der bisher noch nicht ausgetreten ist, wäre es gescheiter gewesen, eine grundsolide WASG aufzubauen und später zu entscheiden, ob und wie man mit der Linkspartei zusammenarbeitet.

Keinen Hehl machen Illian und Köhler aus ihrer Enttäuschung über die Einstellung ehemaliger Parteifreunde. Ohne Namen nennen zu wollen, drücken sie ihr Unverständnis über Leute aus, die sich die Verteidigung der Menschenrechte auf die Fahne schreiben würden, auf der anderen Seite aber der Steigbügelhalter einer Partei werden wollten, die in der früheren DDR die Menschenrechte mit Füßen trat. "Das enttäuscht mich schon maßlos", gibt Illian seine Gefühlslage wieder. (kil)

Nachrichten vom 30.05.2006

Hartz-IV-Sanktionen laut "Berliner Zeitung" schärfer als geplant

Berlin (dpa) - Der Kompromiss von Union und SPD im Hartz-IV-Streit sieht laut "Berliner Zeitung" schärfere Sanktionen vor als zunächst geplant. So soll Langzeitarbeitslosen die Unterstützung auch komplett gestrichen werden können, wenn sie mehrere Jobangebote ablehnen. Union und SPD hatten sich gestern darauf geeinigt, die Zahlungen in diesem Jahr nicht weiter einzuschränken. Für den Herbst ist eine weitere Überarbeitung von Hartz IV vorgesehen. Vor allem die Union spricht sich für Leistungskürzungen aus.

Arbeitslosenzahl sinkt im Mai um 250 000 auf 4,53 Millionen

Nürnberg (dpa) - Die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland ist im Mai um rund 250 000 auf 4,53 Millionen gesunken. Das waren 350 000 weniger als vor einem Jahr, erfuhr die Deutsche Presse-Agentur in Nürnberg. Die Arbeitslosenquote ging um 0,7 Punkte auf 10,8 Prozent zurück.

Sicherheit bei Fußball-WM und Lehrstellenlücke Themen im Kabinett

Berlin (dpa) - Das Bundeskabinett ist in Berlin zusammengekommen, um erneut die Sicherheitslage bei der bevorstehenden Fußball-WM zu erörtern. Nach dem Amoklauf eines Jugendlichen am vergangenen Wochenende in Berlin ist das Thema Sicherheit wieder verstärkt in der Diskussion. Auf der Tagesordnung steht auch die schwierige Lage am Lehrstellenmarkt. Die Bundesregierung rechnet

in diesem Jahr mit bis zu 50 000 fehlenden Lehrstellen. Das Kabinett will mögliche "motivierende" Anstrengungen für mehr Ausbildungsplätze erörtern.

Länder sollen für Ausfälle wegen Ärztestreiks zahlen

Berlin (dpa) - Zwischen Unikliniken und Bundesländern ist ein Streit darüber entbrannt, wer für Einnahmeausfälle durch die Klinikärzte-Streiks aufkommen soll. "Wir werden die Länder in Regress nehmen", sagte der Vorstandsvorsitzende des Verbandes der Universitätsklinika Deutschlands, Rüdiger Strehl, der "Berliner Zeitung". Der wirtschaftliche Schaden belaufe sich inzwischen auf über 100 Millionen Euro. Die Länder lehnten die Zahlungsforderung ab. Die Mediziner streiken für bessere Gehälter und Arbeitsbedingungen.

Abgeltungssteuer auf Zinsen kommt erst 2010

Berlin (dpa) - Das Bundesfinanzministerium will die Reform der Kapitalbesteuerung nach einem Bericht der "Süddeutschen Zeitung" nun doch bis 2010 verschieben. Grund dafür seien Steuerausfälle in Milliardenhöhe durch die geplante Reform der Unternehmensbesteuerung, berichtete das Blatt. Ursprünglich wollte Finanzminister Peer Steinbrück zeitgleich mit der Reform der Firmensteuern eine Abgeltungssteuer von 25 Prozent auf Zinsen und andere Kapitalerträge einführen.